

## propolis21.de

- [Thema des Monats](#)
- [Mod. Verwaltung](#)
- [Europa](#)
- [Kommunikation](#)
- [Markt & Beschaf.](#)
  
- [Artikel-Archiv](#)
- [Termine](#)
- [Umfragen](#)

## barrierefinder.de

## Archiv



## Thema: Europa

### Vereint macht stark

Fragt man nach den formalen Einflussmöglichkeiten der Kommunen im europäischen Mehrebenensystem, so werden die Defizite schnell deutlich.



## Login

**Benutzername**

**Passwort**

## Verwandte Links

- [DTMS](#)
- [Telekom](#)
- [Tele2](#)
- [Tiscali](#)
- [NEFkom](#)
- [access:Seven](#)
- [PPC AG](#)
- [mediaWays](#)
- [Bioreaktor](#)
- [The Box-Communications](#)
- [Equant](#)
- [Haufe Akademie](#)
- [Bernd-Wolfgang Lubbers](#)
- [Nimbis](#)
- [DeGefest](#)
- [Thema: Trends](#)

**Der meistgelesene Artikel zu dem Thema Trends:**  
[Projekte für die](#)

## UMFRAGE

### Wie bewerten Sie die Verwaltungsreformen in NRW?

Eher positiv

Eher negativ

Neutral

### Ergebnisse Umfragen

Stimmen **142**

## LINK



## COMMUNITY

- [Anmelden](#)
- [Ihr Account](#)
- [Forum](#)
- [News einsenden](#)

## Blickpunkt–Public Affairs



Sechs Interviews mit Public-Affairs-Beratern.

### Jetzt lesen...

Ogleich die Kommunen viele EU-Entscheidungen implementieren müssen, können sie die Entwicklungen in Brüssel nur beschränkt beeinflussen. Dies entspricht der verfassungsrechtlichen Stellung der Kommunen. In Deutschland sind sie Teil der Länder. Häufig sind die Kommunen daher darauf angewiesen, dass ihre Forderungen von Bund und Ländern in Brüssel vertreten werden. Formell erfolgt die Beteiligung der Kommunen über den Ausschuss der Regionen, in dem die deutschen Städte und Gemeinden zumindest bislang aber nur durch drei Vertreter der kommunalen Spitzenverbände repräsentiert werden. Welche Stellung die Kommunen in der europäischen Verfassung einnehmen werden, ist derzeit noch nicht abschließend geklärt. Zumindest zeichnet sich die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips, die Institutionalisierung eines regelmäßigen Dialogs zwischen der Kommission und Vertretern der Städte und Regionen sowie eine Stärkung des Ausschusses der Regionen ab. Um ihre Interessen in Brüssel zur Geltung zu bringen, sind die europäischen Städte und Gemeinden daher weitgehend auf traditionelle Formen des Lobbying angewiesen. Hier bieten sich mehrere Möglichkeiten an: Erstens sind viele nationale und regionale Städteverbände in Brüssel präsent. So unterhalten z. B. die bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen ein eigenes Europabüro. Zweitens werden die europäischen Kommunen und Regionen traditionell durch den 1951 gegründeten „Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR) vertreten – ein Dachverband von 44 nationalen Verbänden in 31 Ländern, die wiederum mehr als 100.000 subnationale Gebietskörperschaften repräsentieren. Gerade den kleinen Städten und Gemeinden steht meist nur dieser indirekte Weg über die nationalen und europäischen Verbände offen.

Drittens sind vor allem seit Anfang der neunziger Jahre zahlreiche transnationale Städtenetzwerke entstanden. Sie unterscheiden sich vom CEMR erheblich, weil die Mitglieder dieser Organisationen die Städte selbst und nicht ihre nationalen Verbände sind. Das wohl bedeutendste allgemeine Städtenetzwerk ist „Eurocities“. Gegründet wurde diese Organisation, der heute mehr als 100 europäische Großstädte aus 28 Ländern angehören, 1986 in Rotterdam von sechs Städten (Barcelona, Birmingham, Frankfurt a. M., Lyon, Mailand und Rotterdam). Auslöser war ein EU-Projekt zur Förderung des kommunalen Erfahrungsaustausches. Allerdings erfolgte die institutionelle Gründung erst 1992, als die Statuten veröffentlicht und eine Geschäftsstelle in Brüssel eingerichtet wurde.

Neben „Eurocities“, dem zweifellos wichtigsten allgemeinen Städtenetzwerk, gewinnen Netzwerke an Bedeutung, die zwar ebenfalls grenzüberschreitend organisiert sind, ihre Aktivitäten jedoch auf bestimmte Regionen beschränken. Ein Beispiel hierfür ist die „Union of the Baltic Cities“, ein Netzwerk von mehr als 100 Städten in der Ostseeregion. Darüber hinaus wurde seit Beginn der neunziger Jahre eine nahezu unüberschaubare Anzahl von Netzwerken gegründet, die auf bestimmte Politikfelder spezialisiert sind – von der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Städten, über Fragen des Einsatzes neuer Telekommunikationstechnologien in den Stadtverwaltungen bis hin zum kommunalen Klimaschutz.

Die Vertretung der kommunalen Interessen in Brüssel hat sich durch die Entstehung dieser Netzwerke in den letzten Jahren stark gewandelt. Im Gegensatz zum CEMR als Dachverband nationaler Städteverbände war „Eurocities“ von Anfang an eine europäische Organisation, bei der transnationale, nicht-hierarchische und dezentralisierte Elemente dominieren. Die Entwicklung von „Eurocities“ zeigt zudem, dass die nationale Orientierung von Städten durch transnationale Identitäten überlagert und abgelöst werden kann, weil sich die Mitgliedsstädte stärker in Richtung Brüssel orientieren und sich selbst nicht nur als nationale, sondern auch als europäische Städte sehen. Interessant ist darüber hinaus das Verhältnis der Netzwerke untereinander. Zwar nimmt der CEMR als Dachverband für sich das Recht in Anspruch „die“ Vertretung der Städte und Regionen auf der europäischen Ebene zu sein. Allerdings gehören viele europäische Städte nicht nur dem CEMR, sondern auch mehreren transnationalen Städtenetzwerken an. So sind die größeren Mitgliedsstädte der UBC – z. B. Malmö (Schweden), Turku (Finnland), Klaipeda (Litauen) oder Gdansk (Polen) – zudem bei „Eurocities“ organisiert. Damit dies nicht zu Konkurrenzen führt, die die Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder in Brüssel eher schwächen würden, zeigen sich erste Ansätze der Zusammenarbeit der verschiedenen

## Verwaltung

## Suchen

## Einstellungen

[Druckbare Version](#)

[Artikel versenden](#)

## VAV.biz Headlines

- 23.01.2004 [Nestlé setzt weltweit IP-Lösung von Alcatel ein](#)
- 23.01.2004 [Alcatel auf der Call Center World 2004 in Berlin](#)
- 23.01.2004 [Counterpoint AG gegründet](#)
- 23.01.2004 [Schlafen Sie sich schlau!](#)
- 23.01.2004 [Mit der Nadel durchs Schlüsselloch operieren](#)
- 22.01.2004 [Multiple Dimensionen auf einen Blick darstellen](#)
- 22.01.2004 [Zügiger Scanner für die Bahn](#)
- 22.01.2004 [Expansionschancen nutzen - Hapag-Lloyd geht an die Börse](#)
- 21.01.2004 [Agenda IT – was ist zu tun?](#)
- 21.01.2004 [Internet und Intranet](#)

## DER WANDEL DER GESELLSCHAFT



Frank Füredi schreibt, wie sich Menschenbild und gesellschaftliche Visionen in den vergangenen Jahrzehnten zum Negativen gewandelt haben.

**Jetzt lesen...**

Organisationen. Dies betrifft einerseits das Verhältnis zwischen dem CEMR, der traditionellen Vertretung der Städte und Gemeinden in Brüssel, und den neu entstandenen transnationalen Städtenetzwerken. Andererseits muss das Verhältnis der transnationalen Städtenetzwerke untereinander geklärt werden. Ein Beispiel hierfür ist die kürzlich abgeschlossene Vereinbarung zwischen „Eurocities“ und der UBC. Die beiden Organisationen streben eine enge Kooperation an, die neben dem Informationsaustausch und der „horizontalen“ Zusammenarbeit der Fachkommissionen auch die Vermeidung miteinander konkurrierender Projektanträge umfasst. Allgemeine Städtenetzwerke, wie „Eurocities“ oder die „UBC“ zeichnen sich durch ein hohes Maß an interner Ausdifferenzierung aus. Charakteristisch für diese beiden Organisationen ist die Einrichtung zahlreicher Kommissionen und Arbeitsgruppen, die allen Mitgliedsstädten offen stehen und das gesamte Spektrum der (transnationalen) Stadtpolitik abdecken: von der Wirtschaftsförderung über die Bereiche Gesundheit und Soziales bis hin zur Stadtplanung und Verkehrspolitik. Hier zeigen sich gewisse Parallelen zwischen den beiden Organisationen. Beispielsweise existieren sowohl bei Eurocities als auch bei der UBC Kommissionen, die sich mit Fragen der Umweltpolitik beschäftigen. Die nachhaltige Entwicklung der Städte ist eine der zentralen Zielsetzungen beider Organisationen. Gerade in diesem Politikbereich haben sich allerdings, zweifellos beeinflusst durch die Anfang der neunziger Jahre einsetzende Debatte über Nachhaltigkeit und die Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro, zahlreiche spezialisierte Städtenetzwerke gebildet. Die Palette reicht hier vom Klimaschutz über die Gesundheitspolitik bis hin zur Abfallpolitik der Kommunen. Gerade der Bereich der nachhaltigen Entwicklung zeigt deutlich, welche Auswirkungen die Entstehung von transnationalen Städtenetzwerken auf spezifische Politikbereiche haben kann und welcher Koordinationsbedarf dadurch entsteht. In diesem Politikfeld existiert mit der „European Sustainable Cities and Towns Campaign“ ein „Netzwerk der Netzwerke“. Grundlage für dessen Arbeit ist die „Aalborg Charta“ zur nachhaltigen Entwicklung der europäischen Städte und Kommunen, die zwischenzeitlich ca. 1.650 europäische Städte, Gemeinden und Kreise aus 39 Ländern unterzeichnet haben.

Getragen wird die Campaign derzeit von zehn Städteverbänden und -netzwerken, darunter der CEMR, allgemein ausgerichtete Städtenetzwerke wie Eurocities oder die UBC, aber auch spezialisierte Netzwerke wie der „International Council for Local Environmental Initiatives“ (ICLEI) oder das Klimabündnis. Die Campaign wird finanziell von der Europäischen Kommission unterstützt und fungiert als Bindeglied zwischen den Städteverbänden und -netzwerken einerseits und der Kommission andererseits. Vor diesem Hintergrund sind die Bemühungen der Europäischen Kommission, direkte Verbindungen zu den Städten aufzubauen, von besonderem Interesse. Hier scheint sich „hinter dem Rücken der Nationalstaaten“ eine neue Variante des europäischen Regierens zu etablieren, durch die nicht nur die Position der Kommunen im europäischen Mehrebenensystem gestärkt wird, sondern umgekehrt auch die Rolle der Kommission bei der Politikformulierung besser legitimiert werden kann. Dies berührt nicht nur die Beziehungen zwischen den Nationalstaaten und der Europäischen Union, sondern beeinflusst und verändert indirekt auch die hierarchisch geprägten Beziehungen zwischen den Nationalstaaten bzw. den Ländern einerseits und den Städten andererseits. Mit dieser Entwicklung korrespondieren Überlegungen, die sich aus dem Weißbuch der Kommission zur „European Governance“ ergeben. Gefordert wird eine stärkere Dezentralisierung der Politik, die Integration der Zivilgesellschaft in Entscheidungsprozesse, aber auch die Verbesserung der Beziehungen zu den Städtenetzwerken.

Die Veränderung der Position der Kommunen im europäischen Mehrebenensystem wird zudem deutlich, wenn einzelne Projekte genauer betrachtet werden. Ein eindrucksvolles Beispiel sind hier die in Vorbereitung befindlichen „tripartistischen Verträge“, die der Umsetzung der EU-Politik dienen sollen. Geplant ist die direkte Zusammenarbeit von Städten bzw. Regionen mit dem jeweiligen Nationalstaat und der EU. Bei dieser neuartigen Form des kooperativen Regierens im europäischen Mehrebenensystem wird versucht, die Nationalstaaten nicht von vornherein auszuschließen, sondern von Anfang an in das Arrangement einzubinden. Dadurch werden neue Formen der Zusammenarbeit entstehen, durch die sich das Verhältnis zwischen subnationalen, nationalen und europäischen Akteuren entscheidend verändern dürfte.

21.01.2004	<a href="#"><u>Wissensverlust im Mittelstand</u></a>
21.01.2004	<a href="#"><u>Mit „virtuellem Call Center“</u></a>
21.01.2004	<a href="#"><u>Servicequalität und Erreichbarkeit optimieren</u></a>
21.01.2004	<a href="#"><u>Neue dtms-Tools optimieren Call Center</u></a>
21.01.2004	<a href="#"><u>Wie sich ohne Spam leben lässt</u></a>
20.01.2004	<a href="#"><u>Chancen und Risiken im Online-Handel</u></a>

Die Politikebenen lassen sich hier nicht mehr eindeutig unterscheiden, weil die Akteure gleichberechtigt zusammenarbeiten müssen, um ihre Ziele zu erreichen. Bereits die von „Eurocities“ koordinierten Vorarbeiten im Bereich der nachhaltigen Entwicklung („Sustainability Pacts“), die zu Pilotprojekten führen sollen, zeigen den Bedeutungszuwachs transnationaler Städtenetzwerke und die gestärkte Position der Kommunen im europäischen Mehrebenensystem. Im Hinblick auf die Handlungsspielräume der Städte lassen sich somit zwei gegenläufige Tendenzen feststellen: Einerseits wird von kommunaler Seite zu Recht beklagt, dass aus der europäischen Integration massive Einschränkungen der kommunalen Handlungsspielräume resultieren. Andererseits sinkt mit der zunehmenden Europäisierung die Souveränität der Nationalstaaten. Dies hat zur Folge, dass sich die Kommunen verstärkt transnational vernetzen und dadurch neue Handlungsspielräume gewinnen. „Postnationale“ Strukturen scheinen die Bildung und Etablierung transnationaler Städtenetzwerke zu erleichtern. Hinzu kommt das aktive Engagement der europäischen Kommission, durch die dieser Trend zweifellos verstärkt wird. Kristine Kern ist Wissenschaftlerin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

**Weitere Informationen unter:**

[www.wz-berlin.de](http://www.wz-berlin.de)

[Kontakt](#) | [Impressum](#) | [Anfahrt](#) | [Mediadaten Print/Online](#) | [Konzept](#) | [Abo](#) | [Haftungsausschluss](#)

© VIS-A-VIS Verlagsgesellschaft mbH.